FileNr:64|id:4PP0-T740-TWCN-F2WW|date:2002-02-14|source:Welt|title:Länder misstrauen Ankündigung eines ausgeglichenen Haushalts; Eichels Zusagen "aktuell nicht finanzierbar"

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Von Berlin - Die Bundeslaender haben die Plaene von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) skeptisch aufgenommen, bis 2004 einen "nahezu ausgeglichenen" Staatshaushalt vorzulegen. Sowohl SPD- als auch CDU-Laenderfinanzminister erklaerten am Mittwoch, Eichels Zusage an seine Kollegen in der Europaeischen Union (EU) sei aktuell nicht finanzierbar. Die Sicht der Bundesregierung soll der Finanzstaatssekretaer Diller den Finanzministern auf ihrem Treffen am heutigen Donnerstag in Berlin erlaeutern. Dann wird auch der Plan der Bundesregierung Thema sein, die Staatsverschuldung durch einen nationalen Stabilitaetspakt zu begrenzen.

Eichel hatte am Dienstag im EU-Ministerrat mit der Zusage fuer einen nahezu ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2004 den von der EU-Kommission geplanten "blauen Brief" wegen der hohen deutschen Staatsschulden verhindert. Der saarlaendische Finanzminister Peter Jacoby (CDU) sagte, dieses Ziel sei "aeusserst ehrgeizig". Eichel muesse noch erklaeren, wie es umgesetzt werden solle. Auch ein Sprecher von Nordrhein-Westfalens (NRW) Finanzminister Peer Steinbrueck (SPD) bezeichnete Eichels Ziel als "ehrgeizig". Sein Kollege Heinrich Aller (SPD) in Niedersachsen erklaerte, alle Bundeslaender seien sich mit Eichel einig, zu sparen und die Neuverschuldung zu senken. Allerdings seien Laender wie Kommunen bereits an der Grenze des Machbaren. Fuer einen ausgeglichenen Haushalt bis 2004 reichten Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen nicht aus, sagte Aller. Die Minister oder ihre Sprecher wiesen teilweise den Vorwurf Eichels zurueck, ihre Finanzpolitik und die der Kommunen seien fuer die hohe Staatsverschuldung verantwortlich. Der saarlaendische Finanzminister wies darauf hin, dass die Rezession, die Steuerreform, die angehobene Entfernungspauschale und das hoehere Kindergeld bei den Laendern Einnahmeausfaelle "in nachhaltiger Hoehe" verursacht haetten. "Es muss Schluss sein damit, dass der Bund permanent Kosten auf Laender und Gemeinden abwaelzt", sagte Jacoby. Die Sprecherin des hessischen Finanzministeriums sagte, durch die Steuerreform der Bundesregierung habe allein Hessen im vergangenen Jahr eine Milliarde Euro weniger Einnahmen aus der Koerperschaftsteuer bekommen. In Niedersachsen hiess es dagegen, die Steuerausfaelle seien im vorher kalkulierten Rahmen geblieben. Von dem fuer 2002 erwarteten gesamtstaatlichen Defizit in Hoehe von 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geht nach Angaben des Finanzexperten am Deutschen Instituts fuer Wirtschaftsforschung, Dieter Vesper, ein Prozentpunkt auf das Konto der Steuerreform. Ein weiterer halber Punkt sei durch die schlechte Konjunktur verursacht. Ob die Laenderfinanzminister sich bei ihrem heutigen Treffen auf eine gemeinsame Haltung zu einem nationalen Stabilitaetspakt verstaendigen werden, ist noch offen. "Natuerlich muss es Absprachen in dieser Richtung geben", sagte eine Sprecherin des niedersaechsischen Finanzministeriums. Man muesse jedoch die Haushaltsautonomie der Laender beruecksichtigen. Der Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Wiegard, Mitglied im Sachverstaendigenrat, wies darauf hin, dass sich die Bundeslaender mit ihrer Zustimmung zum Maastricht-Vertrag "im Prinzip" dazu verpflichtet haetten, die Defizitobergrenze von drei Prozent einzuhalten. Ein nationaler Stabilitaetspakt waere nach Wiegards Auffassung nach einer Grundgesetzaenderung moeglich, indem die Laender auf die Einhaltung des EU-Stabilitaetspaktes festgelegt wuerden. Als Problem bleibe allerdings die Verteilung der Schulden auf Bund, Laender und Gemeinden. "Fuer einen ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2004 reichen Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen allein nicht aus." Heinrich Aller (SPD), niedersaechsischer Wirtschaftsminister...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ